

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Mai 2016

hauptstadt magazin

Schleppende
Tarifverhandlungen:

Proteste
intensiviert!



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



Friedhelm Windmüller

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wieder einmal löst der Ablauf einer Tarifrunde im öffentlichen Dienst – dieses Mal bei den Beschäftigten von Bund und Kommunen – verständlichen Frust und Empörung aus. Bei Redaktionsschluss lag nach der 2. Verhandlungsrunde ein Arbeitgeberangebot vor, das sich schlicht als Mogelpackung erwies und jede Wertschätzung für die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes vermissen ließ. Kein Wunder, wenn es bundesweit Proteste gehagelt hat, so auch in Berlin, wo die dbb jugend, unterstützt vom dbb berlin, eine Mahnwache vor dem Sitz des Kommunalen Arbeitgeberverbandes postiert hatte.

Auf Hochtouren angelaufen sind inzwischen unsere Vorbereitungen für die Personalratswahlen in der Berliner Landesverwaltung vom 1. Oktober bis 15. Dezember 2016. Pünktlich zu unserer vorbereitenden Personal- und Betriebsrätekonferenz Mitte Mai werden wir eine neue Ausgabe des Personalvertretungsgesetzes Berlin einschließlich Wahlordnung zur Verfügung stellen. Seit Jahresbeginn sind auch Seminare angelaufen, die unsere Kandidatinnen und Kandidaten „fit“ machen und eine ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen sicherstellen sollen.

Nicht viel Positives ist von den Berliner Schulen zu berichten, auch wenn die zuständige Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft 24 zusätzliche Verwaltungsleiterstellen schaffen will. Als „Tropfen auf den heißen Stein“ hat der dbb berlin diese Maßnahme gewertet und sieht sich in dieser

Auffassung auch durch die alarmierende Unterrichtssituation in den sogenannten MINT-Fächern bestätigt. Hier käme der Unterricht mittlerweile in weiten Teilen ohne den Einsatz von Pensionären und Rentnern zum Erliegen.

Aber auch Erfreuliches gibt es zu vermelden: Die Jubiläumszuwendung wird rückwirkend zum 1. Januar 2016 gewährt. Der dbb berlin hatte sich nicht mit dem späteren Zeitpunkt des Inkrafttretens der entsprechenden Verordnung zufriedengeben wollen und erfolgreich bei den Fraktionen des Abgeordnetenhauses interveniert.

Und wer sich schließlich selbst einmal eine Freude machen will, dem sei ein Besuch auf der größten Showbühne der Welt anempfohlen: Vom 22. September bis 4. Oktober 2016 laufen dort die Previews für das neue Programm „THE ONE Grand Show“. Mitglieder des dbb berlin erhalten dafür ermäßigte Preise!

Bis zur nächsten Ausgabe des hauptstadt magazins grüßt Sie herzlich

Ihr

Frank Becker,
 Landesvorsitzender dbb berlin



Frank Becker, Landesvorsitzender dbb berlin, Sandra Kothe, Bundesvorsitzende dbb jugend, Torsten Jaehne, Vorsitzender (k) des Regionalverbandes Ost der DPVKOM, Steven Werner, VBOB Sprecher der AG Jugend in Europa (von links)

Tarifverhandlungen Bund und Kommunen:

Mahnwache vor dem Kommunalen Arbeitgeberverband Berlin

Die dbb jugend hat am 13. März 2016 mit Mahnwachen gegen den schleppenden Verlauf der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten von Bund und Kommunen protestiert. In acht Bundesländern versammelten sich junge Beschäftigte des öffentlichen Dienstes vor den Sitzen der Kommunalen Arbeitgeberverbände, so auch in der Berliner Goethestraße, um ihre Forderung nach einer sechsprozentigen Einkommenserhöhung zu unterstreichen.

In Berlin stellte die Bundesvorsitzende der dbb jugend, Sandra Kothe, im Gespräch mit Claudia Pfeifer, Geschäftsführerin der KAV Berlin, klar: „Gerade die Befristungen für Berufseinsteiger schrecken viele Auszubildende ab, denen so eine Perspektive und Verlässlichkeit fehlen. Sie suchen sich dann eher einen Arbeitsplatz in der Privatwirtschaft. Das verschärft den Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst nochmals enorm.“

dbb Vize Astrid Hollmann unterstützte: „Die Arbeitgeber können nichts gewinnen, wenn sie versuchen, einen Discountabschluss ohne Perspektiven für den Nachwuchs durchzusetzen. Jeder, der über den Tag hinaus denkt, wird erkennen, dass der öffentliche Dienst ohne Jugend keine Zukunft hat!“

Unterstützung vom dbb berlin

Aus den Reihen des dbb Landesbundes waren der Vorsitzende des Regionalverbandes (k.) der DPVKOM, Torsten Jaehne, und der Landesvorsitzende des dbb

berlin, Frank Becker, vor Ort, um die Mahnwache der Jugendorganisation des dbb in Berlin zu unterstützen. „Wertschätzung der Arbeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst stelle ich mir nun wirklich anders vor“, kritisierte Becker die schleppenden Tarifverhandlungen. „Insbesondere die jungen Kolleginnen und Kollegen verdienen es, dass die Arbeitgeber ein akzeptables Tarifangebot vorlegen, das den Namen ‚Angebot‘ auch wirklich verdient.“

Empörung über „Mogelpackung“

Die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten von Bund und Kommunen sind auch in der zweiten Runde am 11. April 2016 ohne Ergebnis zu Ende gegangen. Mit Empörung hat auch dbb Verhandlungsführer Willi Russ auf die Verschleppungstaktik der Arbeitgeber reagiert: „Das ist Angebot, das ist eine Mogelpackung. Den Arbeitgebern fehlt jeder Wille zum Durchbruch. Diese Mogelpackung ist bestenfalls dazu geeignet, die Beschäftigten zwischen Flensburg und Konstanz zu mobilisieren und den Verhandlungsführern von

Bund und Kommunen, Bundesinnenminister de Maizière und VKA-Chef Böhle, deutlich zu machen, dass ihre Geduld endlich ist.“

Kein Anreiz für Azubis

Konkret beinhaltet das in der zweiten Verhandlungsrunde vorgelegte Arbeitgeberangebot keinerlei Anpassung für die Zeit von März bis Juni 2016. Danach soll es ab Juni 2016 lediglich ein Prozent (faktisch bedeutet das eine Erhöhung um etwa 0,6 Prozent für 2016) und ab Juni 2017 noch einmal zwei Prozent (faktisch etwa 1,2 Prozent) geben.

Die dringend notwendige überproportionale Steigerung der Entgelte der Azubis, um den öffentlichen Dienst konkurrenzfähiger zu gestalten, ist

ebenso wenig vorgesehen wie deren unbefristete Übernahme.

Bei der Zusatzversorgung ist sogar eine schrittweise Steigerung der Arbeitnehmerbeteiligung um bis zu 0,4 Prozent vorgesehen.

Schließlich war der Bund auch nicht in der Lage, eine Zusage für eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des linearen Abschlusses auf die Bundesbeamten zu geben.

Streikmaßnahmen intensiviert

Der dbb intensiviert deshalb seine Streikaktivitäten vor der dritten und entscheidenden Runde Ende April in Potsdam. ■

dbb berlin interveniert erfolgreich

Jubiläumswendung wird ab Jahresbeginn gewährt

Der dbb berlin hat die Wiedereinführung der Jubiläumswendung rückwirkend zum 1. Januar 2016 erreicht. Das haben die Fraktionen von CDU und SPD im Abgeordnetenhaus – entgegen der Senatsvorlage – beschlossen. Sie folgen damit den Forderungen des dbb berlin, der den Fraktionen und dem Rat der Bürgermeister gegenüber reklamiert hatte, dass die Finanzierung für eine rückwirkende Gewährung bereits im Haushalt 2016/2017 berücksichtigt ist. Auch in Sachen „Zulagen“ konnten Erfolge verbucht werden.

„Die langjährigen Leistungen der Beamtinnen und Beamten werden jetzt – wie bei den Tarifbeschäftigten – wieder gewürdigt. Die Akte Jubiläumswendung kann nach jahrelanger Überzeugungsarbeit, sobald der Beschluss des Parlaments vorliegt, endlich abgelegt werden“, bewertet der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, die Entscheidung der Koalitionsfraktionen.

Die Höhe der Zuwendung beträgt 350 Euro für 25 Dienstjahre, 450 Euro für 40 Dienstjahre und 550 Euro für 50 Dienstjahre.

Vollzugszulage erhöht

Erfolgreich war der dbb berlin auch in Sachen Vollzugszulage im Justizvollzug. Rückwirkend zum 1. Januar 2016 wird die Zulage ab dem zweiten Jahr auf 127,38 Euro erhöht. Im ersten Jahr beträgt sie 95,53 Euro. Diese Zulage erhalten auch Justizwachtmeister im sicherheitsrelevanten Bereich.

Eingeführt wird darüber hinaus eine Zulage für Notfallsanitäter in Höhe von 200 Euro.

Anwärtersonderzuschläge ermöglicht

Schließlich wird in Bereichen, in denen ein erheblicher Mangel an qualifizierten Bewerbern besteht, zur Attraktivitätssteigerung die Zahlung von Anwärtersonderzuschlägen ermöglicht. Diese Zuschläge sollen 70 vom Hundert des Anwärtergrundbetrages nicht übersteigen und dürfen höchstens 100 vom Hundert des Anwärtergrundbetrages betragen.

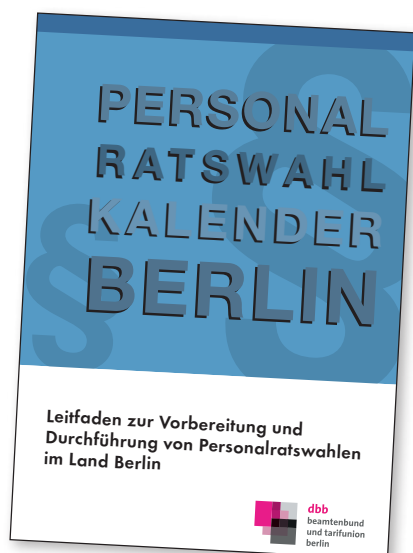
Diese Beschlüsse zur Umsetzung des Doppelhaushalts 2016/2017 hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh gemeinsam mit seinem CDU-Amtskollegen Florian Graf am 13. April 2016 vorgestellt. Die Verabschiedung durch das Parlament ist am 28. April vorgesehen.

1. Oktober bis 15. Dezember 2016:

Personalratswahlen 2016 im Land Berlin

Wohlgerüstet gehen Kandidatinnen und Kandidaten der Fachgewerkschaften des dbb berlin, die sich für Mandate in den örtlichen Personalräten, den Gesamtpersonalräten und im Hauptpersonalrat bewerben, in die diesjährigen Personalratswahlen. Der dbb berlin unterstützt sie wieder mit hilfreichen Informationen und Materialien. Pünktlich zur vorbereitenden Personal- und Betriebsrätekonferenz Mitte Mai 2016 wird der dbb berlin eine neue Ausgabe des Personalvertretungsgesetzes Berlin einschließlich Wahlordnung zur Verfügung stellen.

Mit ihrem neuen, noch handlicheren Format erfüllt die Broschüre alle Voraussetzungen, zu einem ständigen Begleiter bei Dienstgängen und Dienstreisen oder bei Sitzungen und Meetings zu werden – kurz, überall dort, wo eine schnelle rechtliche Orientierung von großem Vorteil ist.



Falls zusätzlich Fachfragen auftauchen, sind am Ende der Broschüre die Anschriften und Ansprechpartner/-innen der Fachgewerkschaften im Landesbereich des dbb berlin zusammengestellt.

Dank an kompetente und engagierte Mitglieder

Der dbb berlin weiß, so Landeschef Frank Becker, wem er sein politisches Gewicht und seine allgemein geschätzte Sachkunde in allen Fragen des öffentlichen Dienstes in erster Linie verdankt: „Wir können auf die Einzelmitglieder unserer Fachgewerkschaften bauen, die uns in den Dienststellen und den Bezirken unterstützen, Ideen aus der Praxis einbringen und insbesondere als Personalräte die Interessen der Beschäftigten und unsere gewerkschaftlichen Positionen vertreten.“

Starke Personalräte seien Garant dafür, dass die Dienstherren und Arbeitgeber die Beschäftigtenvertretungen ernst nehmen. „Daher werden wir alle wahlberechtigten Kolleginnen und Kollegen aufrufen, sich an den Wahlen zu beteiligen – sei es als Kandidat/-in oder als Wähler/in“, kündigte Becker an.

Die dbb Kandidaten und Vertreter in den Personalräten werden regelmäßig auf ihre verantwortungsvollen Aufgaben vorbereitet. Personal- und Betriebsrätekonferenzen des dbb berlin geben Gelegenheit, Fachthemen zu vertiefen, mit Kolleginnen und Kollegen der verschiedensten Dienststellen zu diskutieren und ein übergreifendes Informationsnetzwerk aufzubauen.

Vorbereitungsseminare angelaufen

Schon seit Jahresbeginn sind Seminare des dbb berlin angelaufen, die auf die diesjährigen Wahlen vorbereiten. Insbesondere die Schulungen der dbb akademie für Wahlvorstände garantieren eine ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Wahlen in den Dienststellen.

Auch der aktuelle dbb Personalratswahl-Kalender 2016, der ebenfalls in Neuauflage Mitte Mai 2016 erscheint, wird dabei eine zuverlässige Hilfe sein. ■



24 zusätzliche Verwaltungsleiterstellen für Berliner Schulen:

Tropfen auf den heißen Stein

Mit dem Doppelhaushalt 2016/2017 schafft die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft 24 zusätzliche Verwaltungsleiterstellen für die Berliner Schulen, deren Zahl sich damit auf insgesamt 56 erhöht. Die zusätzliche Unterstützung der Schulleitungen kommt nach Angaben der Senatsverwaltung zu gleichen Teilen weiterführenden Schulen und erstmals auch Grundschulen zugute. Für den dbb berlin ist die Maßnahme allerdings nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

In einer ersten Stellungnahme stellte dbb Chef Frank Becker unmissverständlich klar: „Der dbb berlin begrüßt die Aufstockung der Verwaltungsleiterstellen, insbesondere weil auch große Grundschulen einbezogen werden. Dennoch ist diese Maßnahme lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir fordern, dass überall dort, wo es gar keine Verwaltungsleiter gibt, Sekretärinnen in Vollzeit zur Entlastung der Schulleiter beschäftigt werden.“

Kleine Schulen gehen leer aus

Die Zuordnung der Verwaltungsleiter richtet sich nach der Anzahl an Schülerinnen und Schülern. Tatsächlich profitieren von dem Stellenaufwuchs nur die großen Schulen. Nur in diesen Einrichtungen wird es dank des zusätzlichen Personals zu einer Entlastung bei der Verwaltungsarbeit kommen. Dort können die Schulleitungen jetzt vor Ort flexibler auf unter-



schiedliche Herausforderungen reagieren, wie Bildungssenatorin Sandra Scheeres in einer Pressemitteilung unterstrichen hat.

Die Aufgabenstellungen der Verwaltungsleitungen beinhalten die sogenannten äußeren Schulangelegenheiten wie Gebäudeverwaltung, Koordinierungsfunktionen beim nichtpädagogischen Personal und Haushaltsangelegenheiten, aber auch Unterstützungsfunktionen in inneren Schulangelegenheiten wie die Vorbereitung und verwaltungstechnische Abwicklung von Einstellungsverfahren, etwa im Rahmen der Personalkostenbudgetierung. ■



Ferdinand Horbat (stellvertretender Landesvorsitzender dbb berlin), Philipp Seehofer, Fritz Sütterlin (CDA Berlin); Frank Becker (Landesvorsitzender dbb berlin), Dagmar König (Landesvorsitzende CDA Berlin), Jürgen Bornschein (CDA Berlin), Kai Wegner (Generalsekretär der CDU Berlin), Olaf Lemke und Gabi Gassner (CDA Berlin) und Bernd Raue (stellvertretender Landesvorsitzender dbb berlin) (von links)

Meinungsaustausch mit der CDA:

Becker: Besoldungsrückstand abbauen!

Der Abbau des Besoldungsrückstands der Berliner Beamtinnen und Beamten ist Kernforderung des dbb berlin an die Politik. Das hat der dbb Landeschef Frank Becker in einem Meinungsaustausch mit der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) am 19. April 2016 in der dbb Landesgeschäftsstelle unterstrichen. Das Land Berlin trage bei der Bezahlung seiner Beamten immer noch die rote Laterne vor sich her. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen wanderten deshalb in andere Bundesländer oder Bundesbehörden ab. Die zum 1. August 2016 beabsichtigte Besoldungserhöhung reiche für eine Angleichung bei Weitem nicht aus.

„Es fällt immer schwerer, freie Stellen mit qualifiziertem Personal zu besetzen. Auch Außenbewerber, die zunächst aufgrund der Attraktivität des Standorts Berlins gewonnen werden können, stellen schnell fest, dass beim Bund eine bessere Bezahlung für die gleiche Arbeit lockt und wechseln vom Landes- in den Bundesdienst. Die Stellen müssen dann erneut ausgeschrieben und die Arbeiten auf die anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übertragen werden“, führte Becker die Negativkonsequenzen der Berliner Einkommenspolitik beispielhaft vor Augen.

Zwar werde mit der zum 1. August 2016 beabsichtigten Besoldungserhöhung um drei Prozent ein kleiner – ganz kleiner – Schritt in Richtung Angleichung getan. Jedoch bleibe nach Abzug der 0,2 Prozent für die Versorgungsrücklage für eine kurzfristige Angleichung wenig über. „Auch der Anpassungstermin zum 1. August 2016 wird vom dbb berlin nicht akzeptiert. Die Anhebung muss – wie bei den Tarifbeschäftigten – zum 1. März 2016 erfolgen, um wenigstens hier einen Gleichklang herzustellen“, kritisierte Becker. Für die Tarifbeschäftigten soll die Angleichung an die anderen Bundesländer Ende 2017 erreicht sein.

Die CDA-Landesvorsitzende Dagmar König betont die Notwendigkeit eines leistungsfähigen öffentlichen Dienstes. Dafür müsse es ausreichend Perso-

nal geben und mehr Ausbildung, um auch zukünftig genug gut qualifizierte Beschäftigte zu haben. Wichtig sei aber auch, den Beschäftigten für ihre anspruchsvollen Aufgaben Wertschätzung entgegenzubringen.

Kai Wegner, Generalsekretär der Berliner CDU, unterstrich: „Wir brauchen endlich wieder eine Wertschätzung für die Arbeit im öffentlichen Dienst. Das schließt auch ein, dass wir wieder mehr Personal einstellen. Zwar haben wir als Berliner CDU nach den Hungerjahren und erbarmungslosen Sparvorgaben unter Rot-Rot die Trendumkehr in Sachen Bezahlung und Stellenabbau erreicht, aber dieser Weg muss konsequent weiter beschritten werden. Die Beschäftigten brauchen Verlässlichkeit und darüber hinaus auch eine Perspektive für die kommenden Jahre. Dazu gehört für mich als wichtigster Punkt, dass die Gehaltsschere zwischen dem Bundesdurchschnitt und Berlin weiter geschlossen wird.“

Weitere Themen des Meinungsaustauschs waren die Einbeziehung der Personalräte vor Ort, die vorgesehene Einführung der E-Akte und die Aufgaben- und Personalentwicklung in der „wachsenden Stadt“.

Der Dialog zwischen CDA und dbb berlin soll fortgesetzt werden. ■

gkl berlin bereitet 3. Landesgewerkschaftstag vor:

„Berlin wächst! Und sein öffentlicher Dienst?“

Am 25. Mai 2016 wird der Gewerkschaftstag der gewerkschaft kommunaler landesdienst berlin (gkl berlin) unter dem Motto „Berlin wächst! Und sein öffentlicher Dienst?“ in der Katholischen Akademie in Berlin-Mitte zusammentreten.

Bei der öffentlichen Veranstaltung zum Auftakt des Landesgewerkschaftstages werden die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der Parteien für die Wahl in das Berliner Abgeordnetenhaus in einer Podiumsdiskussion zum Tagungsthema Stellung beziehen. Einer der Schwerpunkte der anschließenden Arbeitstagung ist die Neuwahl der Landesleitung.

Ihre Teilnahme an der Podiumsdiskussion zugesagt haben bereits Ramona Pop (Bündnis 90/Die Grünen), Klaus Lederer (Die Linke), Florian Swyter (FDP), dbb Landeschef Frank Becker, der den gewerkschaftlichen Part in der Diskussionsrunde übernehmen wird, und Moderatorin Britta Elm (rbb). Angefragt worden ist außerdem beim Spitzenkandidat der CDU, Frank Henkel, und beim Regierenden Bürgermeister von Berlin, Michael Müller (SPD).

Eingeleitet wird die Gesprächsrunde durch einen Filmbeitrag, der sich kritisch mit den Personaleinsparungen der vergangenen Jahre und ihren Folgen für den öffentlichen Dienst und für das Land Berlin befasst.

Grußworte werden nach der Eröffnung des Gewerkschaftstages durch die Landesvorsitzende der gkl

berlin, Cornelia Stemmler, der Bundesvorsitzende der komba gewerkschaft, Uli Silberbach, und des Landesvorsitzenden des dbb berlin, Frank Becker, an die Delegierten und etwa 30 Ehrengäste aus der Berliner Verwaltung und Politik richten.

120 Delegierte erwartet

Zum Landesgewerkschaftstag, der regelmäßig alle fünf Jahre zusammentritt und die gewerkschaftspolitischen Prioritäten setzt, werden 120 Delegierte aus allen gkl-Betriebsgruppen erwartet. Sie repräsentieren die vielfältigen Bereiche der Berliner Verwaltung, in der die gkl berlin die Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert. Hierzu gehören u. a. die BVG, die BT Berlin Transport GmbH, die Charité, die Berliner Feuerwehr, die BSR, die TU Berlin, das IT-Dienstleistungszentrum Berlin, die allgemeine Verwaltung des Senats und der Bezirke, nachgeordnete Einrichtungen etc.

Bei der Arbeitstagung im Anschluss an die öffentliche Veranstaltung werden die Delegierten die Landesleitung der gkl berlin wählen und über eine Neugestaltung der Satzung sowie über zahlreiche Sachanträge beraten und beschließen. ■

DPVKOM-Ortsverband Berlin Zentrum:

IBIS lässt viele Dinge unberücksichtigt!

Mängel und Unzulänglichkeiten des Bemessungssystems IBIS, das im Bereich der Paket- und Briefzustellung eingesetzt wird, waren Thema eines Stammtisches des DPVKOM-Ortsverbands Berlin Zentrum Ende Januar.

Kritisiert wurde von den rund 20 DPVKOMlern insbesondere, dass das System viele wichtige Faktoren überhaupt nicht berücksichtigt. So geht IBIS etwa von unrealistischen Zeitvorgaben hinsichtlich der Lauffolgen aus und erfasst neu in einem Zustellbezirk errichtete Gebäude bei der Bemessung zunächst nicht. Das Fazit der Anwesenden: „Wir brauchen einen Bemessungstarifvertrag!“



Die Veranstaltung des Ortsverbands war hochkarätig besetzt: So konnte der Ortsverbandsvorsitzende Mike Meißner unter anderem den Landesvorsitzenden des dbb berlin, Frank Becker, und den kommissarische Regionalvorsitzenden der DPVKOM Ost, Torsten Jaehne, begrüßen.

Auch die Vorsitzende der Regionalfrauengruppe, Karin Kunkel, der Vorsitzenden der DPVKOM-Jugend, Fabian Lubin, und der Gewerkschaftssekretär Werner Fischer nahmen an der Veranstaltung teil.

Mike Meißner

IT-Desaster in der ordentlichen Gerichtsbarkeit:

Beschäftigtenvertretungen kündigen Mitarbeit auf

Zu einem Eklat haben fortgesetzte, gravierende IT-Mängel jetzt bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit geführt. Alle Beschäftigtenvertretungen haben ihre Mitarbeit in den IT-Projektgremien aufgekündigt, weil sich die Hoffnung als illusorisch erwiesen habe, dort die berechtigten Interessen der Mitarbeitenden der ordentlichen Justiz wirkungsvoll vertreten zu können. Als formales Feigenblatt für einsame Entscheidungen der Verwaltung wollen die Beschäftigtenvertretungen aber nicht herhalten.

In einer gemeinsamen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerichteten Erklärung betonen der Gesamtpersonalrat der Berliner Justiz, der Gesamtrichterrat der ordentlichen Gerichtsbarkeit, die Gesamtfrauenvertreterin der Berliner Justiz und die Gesamtschwerbehindertenvertretung der Berliner Justiz, dass sie die Notwendigkeit einer Modernisierung der Justiz ausdrücklich anerkennen, hektisches Agieren dagegen, bei dem die Qualität der IT-Lösungen zulasten aller Kolleginnen und Kollegen vernachlässigt wird, nachdrücklich ablehnen.

IT-Organisation ist Herausforderungen nicht gewachsen

Wörtlich heißt es in der Erklärung: „Seit der Einführung des ersten forumStar-Moduls (Insolvenz) vor nunmehr dreieinhalb Jahren sind ergonomische Mängel des Programms noch immer nicht behoben, die Funktionalität lässt zu wünschen übrig, die Performance ebenfalls, es gibt kein – von den Personalvertretungen seit Jahren eingefordertes – Betriebskonzept und auch in Fragen Datenschutz und -sicherheit gibt es noch ein paar Dinge zu klären. Vor dem Hintergrund der SBC-Probleme, die uns alle – verstärkt seit Januar dieses Jahres – in unserer täglichen Arbeit in

unzumutbarer Weise behindern, mussten die Personalvertretungen im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegen eine Strategie des ‚Augen zu und durch‘ Stellung beziehen, zumal wir zunehmend Zweifel daran haben, dass unsere justizeigene IT-Organisation und unser Dienstleister ITDZ den Herausforderungen gewachsen sind.“

Einwände wurden ignoriert

Immer wieder hätten die Personalvertretungen verblich Verbesserungen am Programm und auch an der IT-Organisation eingefordert. Die Einwände seien jedoch schlichtweg ignoriert worden, geschweige denn, dass irgendwelche Konsequenzen gezogen worden seien.

Nach Einschätzung der Beschäftigtenvertretungen soll das Projekt, das bereits drei Jahre hinter seinem ursprünglichen Fertigstellungsplan herhinkt, jetzt mit der Brechstange umgesetzt werden. Den Justizsenator haben die Beschäftigtenvertretungen deshalb inzwischen wissen lassen, dass man anstelle einer Mitarbeit in den Projektgremien jetzt nach wirkungsvolleren Möglichkeiten zur Durchsetzung der Mitarbeiterinteressen sucht. ■

DJG Berlin für zentrale Dienstleistungsbehörde



Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG) unterstützt das Papier der Beschäftigtenvertretungen der Berliner Justiz in vollem Umfang

„Aus unserer Sicht müssen dringend organisatorische sowie personelle Maßnahmen nicht nur überlegt, sondern auch umgesetzt werden. Die DJG

setzt sich schon sehr lange für eine zentrale Dienstleistungsbehörde ein, der der IT-Bereich, Aus- und Fortbildung, die zentrale Besoldungsstelle sowie Kosten- und Einziehungsstelle der Berliner Justiz zugeordnet werden könnte. Damit würden viele Probleme in der Berliner Justiz vermieden“, unterstrich der Landesvorsitzende Peter Liebheit.

Europäischer Informationsaustausch im Strafvollzug

Berliner BSBD-Gruppe zu Gast in der Schweiz



Eine Delegation der BSBD-Betriebsgruppe in der JVA Moabit hat am 13. und 14. April die JVA Pöschwies im Schweizer Kanton Zürich besucht. Vorausgegangen war ein Besuch von Schweizer Kolleginnen und Kollegen im vergangenen Jahr in Berlin. Die Begegnungen dienen dem gegenseitigen Erfahrungs- und Informationsaustausch und dem Vergleich der Strafvollzugssysteme beider Länder. Hierbei spielten die unterschiedlichen Vorgehensweisen bei den Sicherheitsmaßnahmen und beim Einsatz gegen den Drogenmissbrauch in den Haftanstalten eine besondere Rolle.

Auf das ganz besondere Interesse der Berliner Abordnung stieß bei ihrem Besuch in der Schweiz eine Vorführung im Hundekompetenzzentrum der Polizei, die die verschiedensten Einsatzmöglichkeiten der Hunde aufzeigte. Der Leiter der „Spezialeinheit Skorpion“ der Stadtpolizei Zürich hatte schon zuvor in einer theoretischen Einführung die zahlreichen Möglichkeiten der Arbeit mit Spür- und Personenschutzhunden unterstrichen und deren Ausbildung erläutert. Der Einsatz von Spürhunden ist auch in den Berliner Justizvollzugsanstalten vorgesehen. Die finanziellen Mittel dafür hat das Abgeordnetenhaus schon bereitgestellt.

Größte Schweizer JVA

Interessante Einblicke für die Berliner Justizvollzugsbediensteten bot auch eine Führung durch die Anstalt Pöschwies, die mit 400 Haftplätzen für straffällige Männer die größte geschlossene Justizvollzugsanstalt der Schweiz ist. Anstaltsleiter Andreas Naeglel nahm bei dem Rundgang ausführlich zu allen Fragen der Berliner Delegation Stellung. Intensive Diskussionen gab es – auch mit den Beschäftigten der Anstalt – insbesondere über die teils unterschiedlichen Konzepte der Justizvollzugsanstalten in der Schweiz und in Deutschland.

Besichtigen konnten die Berliner Gäste auch die Teilanstalten (Offener Vollzug, Arbeitsexternat, Wohn- und Arbeitsexternat), inklusive Hafträume, Zugangsbereich und Arbeitsbetriebe wie Schreinerei und Küche.

Die in Pöschwies eingewiesenen Gefangenen sind zur Arbeit verpflichtet. Sie haben bei entsprechender Eignung die Möglichkeit, in den Gewerbebetrieben eine Ausbildung zu absolvieren.



Die BSBD-Besucherguppe vor der JVA Pöschwies

Über 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die JVA Pöschwies verfügt über einen Sozialdienst, einen Arztdienst sowie ein seelsorgerisches Betreuungsangebot. Der Psychiatrisch-Psychologische Dienst (PPD) des Amts für Justizvollzug zeichnet darüber hinaus für die psychiatrische Versorgung und die Durchführung der gerichtlich angeordneten Therapien innerhalb der Anstalt verantwortlich.

Derzeit sind in der 1995 eröffneten Anstalt etwa 260 Personen beschäftigt.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gefangenen beträgt rund drei Jahre. Nach dem Aufenthalt in der JVA gibt es verschiedene Anschlussmöglichkeiten:

- > Versetzung in den offenen Vollzug, ins Arbeitsexternat oder ins Wohn- und Arbeitsexternat,
- > bedingte Entlassung, zum Teil ergänzt mit einer Bewährungshilfe,
- > Entlassung in die Freiheit nach Ablauf der gesamten Strafe,
- > Überführung in die Ausschaffungshaft,
- > Auslieferung an ein Drittland.

Austausch soll fortgesetzt werden

Am Ende des Informationsbesuchs dankte die stellvertretende Landesvorsitzende des BSBD Berlin, Birgit Polnik, die den Aufenthalt von Berliner Seite organisiert hatte, den Schweizer Gastgebern und unterstrich das Interesse des BSBD an weiterem Gedanken- und Informationsaustausch mit den Schweizer Kolleginnen und Kollegen.

Pensionäre und Rentner – die Zukunft der Berliner Schule?



Ferdinand Horbat

Seit Jahren ist der Regelunterricht (!) in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) an „meiner“ Schule nur mit Pensionären aufrechtzuerhalten. An „meiner“ Schule, an der ich über 30 Jahre naturwissenschaftlichen Unterricht erteilt habe, sichern sechs (!) Pensionäre den naturwissenschaftlichen Regelunterricht – und das ist leider kein Einzelfall in Berlin. Welche Schule hat aber eine Perspektive, wenn Pensionäre und Rentner die wesentliche Arbeit in wichtigen Fächern aufrechterhalten?

Im Interesse von Schülerinnen und Schülern sind die Bemühungen der Schulleiter/-innen, den Unterricht mit erfahrenen Kolleginnen und Kollegen sicherzustellen, nachvollziehbar. Immer wieder werden ehemalige Lehrkräfte von Schulleitungen gebeten, die gravierenden Lücken im MINT-Bereich durch Wiederaufnahme der Unterrichtstätigkeit im Rahmen von Arbeitsverträgen der Personalkosten Budgetierung (PKB) der Schulen zu decken. Dass diese Kolleginnen und Kollegen nach zum Teil über 30 Jahren erfolgreicher Unterrichtstätigkeit dann in die niedrigste Erfahrungsstufe (Stufe 1) eingestuft werden, wenn sich die Weiterbeschäftigung nicht direkt an die ehemalige Unterrichtstätigkeit anschließt, sei hier nur als unrühmliche Tatsache am Rande bemerkt. Um die tatsächliche „Wertschätzung“ für ehemalige langjährige Mitarbeitern ist es jedenfalls nicht gut bestellt.

Sünden der Vergangenheit

Insidern sind die schwerwiegenden personellen Defizite im MINT-Bereich längst bekannt. Sie waren prognostizierbar, prognostizierbar schon zu einer Zeit, als Klaus Wowereit noch Stadtrat für Volksbildung im Bezirk Tempelhof war.

Ein erfahrenes Personalmanagement hätte diese Problematik schon lange vorher in Angriff nehmen müssen. Denn Geburtsdaten und Unterrichtsfächer der Lehrkräfte sind für die Senatsbildungsverwaltung kein Geheimnis.

Kurzfristig gehandelt wurde insbesondere in Zeiten eines Überangebotes an Lehrkräften, als in Berlin ausgebildete naturwissenschaftliche Referendare in hellen Scharen in die Wirtschaft abgewandert sind, weil ihnen an Berliner Schulen mit kurzzeitig befristeten Teilzeitarbeitsplätze keine Perspektive geboten wurde. Mit einem Einstellungskorridor hätte seinerzeit ein Teil der Lehrkräfte des MINT-Bereiches gehalten werden können. Tempelhofer Lehre-

rinnen und Lehrer hatten durch eigenen Verzicht sogar ein für den Landeshaushalt kostenneutrales Modell vorgetragen. Aber der Stadtrat winkte ab.

Auch in der jüngeren Vergangenheit gab es wieder eine Abwanderungsbewegung. Viele in Berlin ausgebildete Lehrkräfte haben wegen der weitaus besseren berufspolitischen Rahmenbedingungen in anderen Bundesländern eine Beschäftigung gesucht. Verbeamtung, eine im Vergleich zu Berlin teilweise über 500 Euro/Monat höhere Besoldung und bessere Beförderungsbedingungen waren hier lohnende Anreize. Insbesondere die Nichtverbeamtung der Lehrkräfte in Berlin schlägt sich immer noch in einer deutlichen Abwanderungsbewegung nieder.

Bessere Bedingungen in Brandenburg

So verbeamtet das nahe Brandenburg seine Lehrkräfte, besodet sie besser und hat jetzt sogar die Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte an Grundschulen auf 27 und andere Schulen, wie z. B. Gymnasien, auf 25 Unterrichtsstunden gesenkt (Arbeitszeitverordnung von 15. Oktober 2015).

In Berlin belasten die mühsamen Versuche, durch Quereinsteiger und nicht voll ausgebildete Lehrkräfte den Bedarf zu decken, die neuen Lehrkräfte und die Schule teilweise erheblich. Auch hier sieht die Situation in Brandenburg ganz anders aus: Die Referendare werden mit erfahrenen Lehrkräften doppelt gesteckt und nicht angerechnet und können damit wesentlich besser betreut werden.

Keine Perspektive

Die Implementierung der neuen Rahmenlehrpläne und die Entwicklung schulinterner Curricula stehen auf den aktuellen und zukünftigen Tagesordnungen der Fach- und Lehrerkonferenzen. Welche Schule hat aber eine Perspektive, wenn beispielsweise drei Pensionäre und ein ruhestandsnaher Kollege die wesentliche Arbeit in einem naturwissenschaftlichen Fach verrichten?

Erfolgreiche Bildungs- und Erziehungsarbeit in der Schule setzt ein zumindest mittelfristig angelegtes schulinternes Curriculum und eine nachhaltige und zukunftsfähige Begleitung voraus.

Das neben der Schule entstehende Altersheim sollte jedenfalls nicht die personelle Perspektive für die Bildungs- und Erziehungsarbeit der Berliner Schule sein. ■

FRIEDRICHSTADT- PALAST BERLIN

Europe's Show Palace

Am 6. Oktober Weltpremiere

THE ONE Grand Show

„Die neue Grand Show ist ein Traum. Ein Wachtraum, um genau zu sein, denn sie spielt im Geist und Kopf eines jungen Protagonisten,“ heißt es in der offiziellen Ankündigung des Friedrichstadt-Palastes für die im Herbst anlaufende neue Produktion „THE ONE Grand Show“. Bereits mit der noch bis 16. Juli laufenden Show „THE WYLD“ hat der Palast neue Erfolgsmaßstäbe gesetzt, die neue Show dürfte dem aber voraussichtlich in nichts nachstehen.

Dafür sorgt ein hochkarätiges Kreativteam, dem mit Jean Paul Gaultier auch ein Weltstar der Modebranche angehört. Das Genie des Pariser Designers und seine Leidenschaft für große Shows zeigen sich in den gewagten und spektakulären Entwürfen, die derzeit für die gewaltige Bühnenproduktion entstehen. Gaultier schwärmt über die Zusammenarbeit mit dem Palast: „Schon als kleiner Junge war es mein

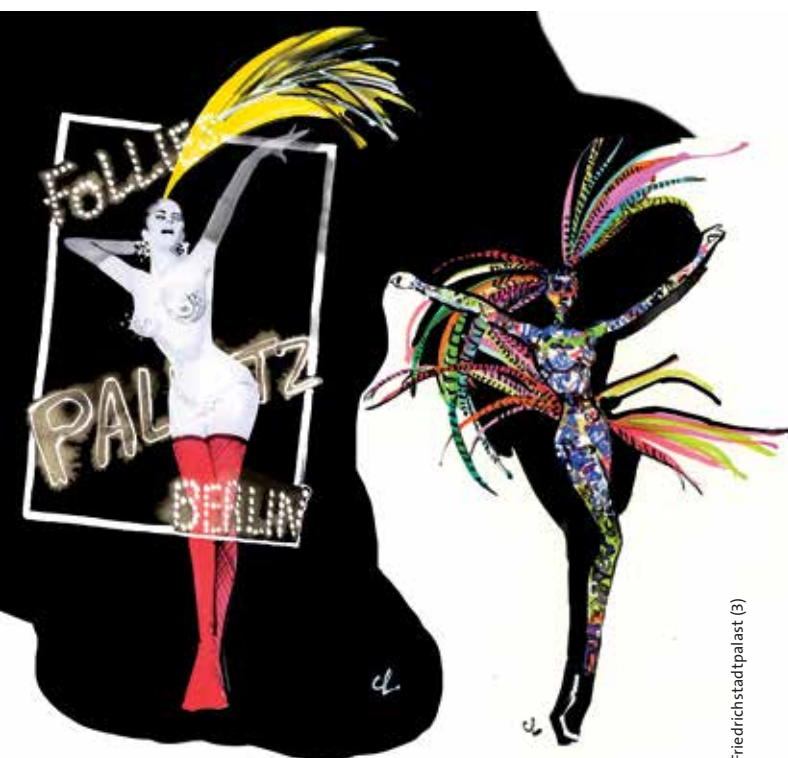
großer Traum, an einer Revue mitzuarbeiten. Ich fühle mich geschmeichelt und geehrt, dass ich Teil dieser Produktion sein darf.“

„Dream-Team“ verpflichtet

Zum Dream-Team für die neue Grand Show zählt mit Roland Welke außerdem einer der produktivsten und erfolgreichsten europäischen Showmacher. Er verantwortet Buch und Regie der Grand Show: „Nur im Traum, auf der Bühne und im Film ist alles möglich. Daher möchte ich das kombinieren. Die dreidimensionalen Bilder des Theaters, die Filmeffekte der Überblendung und Zeitlupe und die durch keine Naturgesetze begrenzten Möglichkeiten des Traums. Ein sich überstürzender Bilderfluss, in dem sich alles verändert und nichts bleibt, wie es ist.“

Euphorischer Wachtraum

In der THE ONE Grand Show wird ein seit Jahrzehnten leerstehendes Revuetheater durch eine Undergroundparty aus dem Tiefschlaf gerissen. Ein junger Gast verliert sich in der ungewöhnlichen Aura des Ortes. Die Gegenwart und der Glanz und Glamour vergangener Zeiten verschwimmen in einem euphorischen Wachtraum. Während sich um ihn herum alles auflöst, fliegt, dreht – und sogar der Boden unter seinen Füßen auseinandertreibt –, spürt er, welchen Halt er in seinem Leben sucht: den einen Menschen, der alles für ihn bedeutet. THE ONE.



FriedrichstadtPalast (3)

Mai 2016

Verpflichtet wurde schließlich auch der Emmy-Preisträger Peter Morse, einer der weltweit gefragtesten Experten für spektakuläres Lichtdesign. Zu seinen Auftraggebern zählen unter anderem Weltstars wie Michael Jackson, Madonna, Barbra Streisand, Christina Aguilera, Jennifer Lopez, Janet Jackson und Andrea Bocelli. Peter Morse wird „das Licht“ für die THE ONE Grand Show wie eine eigene Kunstfigur, einen immateriellen Hauptdarsteller, inszenieren.

Technische Raffinessen

Auch an technischer Raffinesse fehlt es bei der neuen Show nicht. Die Bühnenbodenkonstruktion ist eine Art verfahrbares Schollenplateau, das „auseinander-treiben“ kann und damit traumtypische Illusionen des Verschwimmens oder des Boden-unter-den-Fü-ßen-verlierens ermöglicht. Unter dem Schollenplateau steht die ganze Bühnenfläche „unter Wasser“, ermöglicht durch eine riesige Bodenwanne.



Großes Künstleraufgebot

Dass die Gäste der größten Theaterbühne der Welt ab Herbst in einen ebenso ekstatischen wie poetischen Traum entführt werden, dafür sorgen nicht zuletzt über 100 Künstlerinnen und Künstler aus 26 Nationen.

Rabatt für dbb Mitglieder!

Die Weltpremiere ist am 6. Oktober. Previews ab 22. September. Die Spieldauer ist bis Mitte 2018 geplant. Tickets sind ab sofort im Vorverkauf erhältlich.

E-Mail: tickets@palast.berlin

Ticket-Hotline: (0 30) 23 26-23 26.

Mitglieder des dbb berlin erhalten für die Previews von THE ONE Grand Show vom 22. September bis 4. Oktober 2016 einen Rabatt von 25 Prozent auf den Nettopreis in den Preiskategorien 1–4, Premium, VIP und Wall Sky Lounge, wenn Sie bei ihrer Kartenbestellung das Stichwort: „Hauptstadt“ angeben.

Das Angebot ist nicht mit anderen Rabatten kombinierbar.



Am 6. und 7. Mai 2016:

RatHaus Europa sucht Wege aus der Krise

Der Regierende Bürgermeister von Berlin lädt am 6. und 7. Mai gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament 250 Bürgerinnen und Bürger in das Berliner Rathaus ein und lässt seinen Amtssitz zum „RatHaus Europa“ werden. Vorgesehen ist ein gemeinsamer Gedankenaustausch darüber, wie das Erfolgsprojekt Europa, das aktuell schwere Zeiten durchlebt, wieder gestärkt aus seiner Krise hervorgehen kann.



Wie in jeder Krise werden gegenwärtig die Rufe nach einfachen Antworten laut. Einige fordern bereits die Abkehr von der EU und die Rückbesinnung auf die Nationalstaaten. Aber isolierte nationale Lösungen sind der falsche Weg. So werden Probleme nicht gelöst, sondern neue, zusätzliche geschaffen.

Mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft

Dazu heißt es in dem Aufruf zum „RatHaus Europa“: „Europa funktioniert nur, wenn wir füreinander einstehen und begreifen, dass wir nur gemeinsam die Herausforderungen meistern können. Die Europäische Union ist mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft. Sie ist in erster Linie eine Wertegemeinschaft. Werte, wie die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte dürfen nicht verloren gehen. Dafür ist der enge und ständige Austausch mit den Menschen in Europa, mit den Menschen in unserer Stadt wichtig.“

Gerade Berlin, eine multikulturelle europäische Hauptstadt, in der Menschen aus allen Mitgliedsstaaten der EU eine Heimat gefunden haben, bietet den idealen Ort, sich mit den wichtigen Fragen zu befassen:

- > Was verbindet uns in Europa (und was trennt uns)?
- > Welches Europa wollen wir?
- > Wie viel Europa möchten wir – und was sind wir bereit, dafür zu tun?

In Arbeitsgruppen wird am 7. Mai mit 250 Berlinerinnen und Berlinern, die ursprünglich aus einem der 28 europäischen Mitgliedsstaaten stammen, diesen Fragen nachgegangen, es sollen Ideen formuliert und miteinander diskutiert werden.

In Vielfalt geeint?

Am Vortag sind ein Impulsreferat von Bundestagspräsident Norbert Lammert sowie eine Podiumsdiskussion zum Thema „Europa – noch immer in Vielfalt geeint? Europäische Werte auf dem Prüfstand“ mit der irischen Journalistin und Autorin Judy Dempsey und der französischen Schriftstellerin und Journalistin Pascale Hugues MdEP vorgesehen.

Weitere Infos unter: www.berlin.de/rbmskzl/europa/europa-in-berlin/veranstaltungen/rathaus-europa/

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin. **E-Mail:** post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Media-center, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Anzeigentarif** Nr. 13, gültig ab 1. 10. 2015. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** dbb berlin, Titelbild: MEV. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.



Landesbeauftragter wiederberufen:

Naturschutz und Landschaftspflege in bewährten Händen

MEV

Der Landesbeauftragte für Naturschutz und Landschaftspflege bekleidet ein wichtiges Amt: Er berät die Behörden für Naturschutz und Landschaftspflege nicht nur fachlich und wissenschaftlich, sondern wirkt auch an deren Entscheidungen beratend mit. In Berlin hat sich diese Zusammenarbeit offenbar bewährt, schon zum dritten Mal wurde Prof. Dr. Ingo Kowarik am 11. April 2016 vom Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, Andreas Geisel, für eine weitere Periode in das Amt berufen.

Kowarik ist als Landesbeauftragter unabhängig und nicht an politische Weisungen gebunden.

Schwerpunktmäßig berät er die Oberste und Unteren Naturschutzbehörden, aber auch Naturschutzverbände und Bürgerinnen und Bürger. Er ist Vorsitzender des Sachverständigenbeirats für Naturschutz und Landschaftspflege, der Vorschläge und Anregungen zu aktuellen Themen des Naturschutzes in Berlin unterbreitet und die Öffentlichkeitsarbeit fördert.

Als Landesbeauftragter initiiert und erarbeitet er fachliche und wissenschaftliche Grundlagen, wie

sie in anderen Bundesländern von den Landesanstalten erstellt werden.

Prof. Kowarik bekleidet das Amt seit 2001 und hat sich jetzt für weitere fünf Jahre zur Verfügung gestellt.

Er leitet seit 1999 hauptamtlich das Fachgebiet Ökosystemkunde/Pflanzenökologie am Institut für Landschaftspflege und Naturschutz der Technischen Universität Berlin.

Weitere Information unter: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/natur_gruen/lb_naturschutz/ ■